

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
13.12.2012, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Iko Chmielewski
	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Sascha Biebricher
	Rudolf Böcker
	Heinz Peter Boyken
	Jürgen Bruns
	Hergen Eilers
	Dr. Susanne Engstler
	Karl-Heinz Funke
	Christoph Hinz
	Jörn Kickler
	Lars Kühne
	Walter Langer
	Abbes Mahouachi
	Djure Meinen
	Alfred Müller
	Cornelia Papen
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Sebastian Schmidt
	Ingrid Schuster
	Maren-Susan Toepler
	Jörg Weden
	Dorothea Weikert
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Dirk Heise
	Meike Knop
	Rainer Rädicker
	Johann Taddigs

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 15.11.2012
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 5.1 Verwaltungsausschuss vom 18.10.2012**
- 5.1.1 Ausschuss für Feuerwehr-, Markt- und Ordnungsangelegenheiten vom 01.10.2012**
- 5.1.1.1 Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Freigängerkatzen im Gebiet der Stadt Varel.
- 5.1.1.2 Aufwandsentschädigung für die Funktionsträger der Jugendfeuerwehr der Stadt Varel
- 5.1.1.3 Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Varel
- 5.1.2 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 04.10.2012**
- 5.1.2.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Zukunft Varel zum Bestandsschutz aller Grundschulen in Varel
- 5.1.3 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 08.10.2012**
- 5.1.3.1 Widmung von Straßen; hier: Heckenweg (Teilstück)
- 5.1.3.2 Widmung von Straßen; Rodenkirchener Straße (Einmündung Knickweg)
- 5.1.3.3 Widmung von Straßen; Rodenkirchener Straße (Erschließung zu Wohnhäusern)
- 5.1.4 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 10.10.2012**
- 5.1.4.1 Bebauungsplan Nr. 169, 2. Änderung (Bereich Lekewiesen/An der Leke) - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 5.2 Verwaltungsausschuss vom 08.11.2012**
- Kein Tagesordnungspunkt
- 5.3 Verwaltungsausschuss vom 06.12.2012**
- 5.3.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 13.11.2012**
- 5.3.1.1 Neufassung der Betriebssatzung für das Wasserwerk der Stadt Varel
- 5.3.1.2 Wechsel des Betriebsleiters für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel
- 5.3.2 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 14.11.2012**
- 5.3.2.1 Neufassung der Straßenreinigungssatzung und Änderung der Straßenreinigungsverordnung
- 5.3.3 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20.11.2012**

- 5.3.3.1 Bebauungsplan Nr. 63, 11. Änderung (Bereich Fasanenweg) - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 5.3.4 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 22.11.2012**
- 5.3.4.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast für das Wirtschaftsjahr 2013
- 5.3.4.2 Neubesetzung der Betriebsleitung für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast
- 5.3.5 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 26.11.2012**
- 5.3.5.1 Grundschulkonzept 2013 - Grundsatzbeschluss über Standorte und Einzugsbereiche der Grundschulen im Bereich der Stadt Varel
 - 5.3.5.1.1 Beschluss 1 - 1. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
 - 5.3.5.1.2 Beschluss 2 - 2. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
 - 5.3.5.1.3 Beschluss 3 - 3. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
 - 5.3.5.1.4 Beschluss 4 - 4. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
 - 5.3.5.1.5 Beschluss 5 - 5. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
 - 5.3.5.1.6 Beschluss 6 - Grundsatzbeschluss über Standorte und Einzugsbereiche der Grundschulen im Bereich der Stadt Varel
- 5.3.6 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 28.11.2012**
- 5.3.6.1 Fremdenverkehrsbeitrag - Kalkulation 2012 und Änderung der Fremdenverkehrsbeitragssatzung
- 5.3.6.2 Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung) der Stadt Varel
- 5.3.7 Anträge an den Rat der Stadt Varel**
- 5.3.7.1 Geschäftsordnung der Stadt Varel:
hier: Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL
- 5.3.7.2 Eintrittstarife Dangast Quellbad
- 5.3.7.3 Abberufung/Berufung des stellvertretenden Gemeindevahlleiters gemäß § 9 Abs. 2 NKWG
- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 7 Anträge und Anfragen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine größere Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass Ratsfrau Vollmer und die Ratsherren Brumund, Köhler, Schwärmer und Dr. Seelig entschuldigt fehlen.

2 **Feststellung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest. Einvernehmlich wird der anliegende Ergänzungs- bzw. Änderungsantrag der Gruppe SPD/CDU/FDP zu TOP 5.3.5.1.6 auf die Tagesordnung gesetzt.

3 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 15.11.2012**

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 15.11.2012 wird einstimmig genehmigt.

4 **Einwohnerfragestunde Vorlage: 530/2012**

Herr Strack reichte vorab anliegenden Fragenkatalog ein, der von den Fraktionsvorsitzenden der Mehrheitsgruppe bzw. der jeweils angesprochenen Fraktion beantwortet wird.

zu Frage 1:

Ratsherr Bruns weist darauf hin, dass die heutige Entscheidung auf dem demografischen Wandel beruht. Auch mit der Schließung der Grundschulen Altjührden und Borgstede bleiben die Schulen wohnortnah. Die Schließung dieser beiden Grundschulen sorgt für eine nachhaltige Sicherung der verbleibenden Grundschulen. Die SPD-Fraktion hat sich nie negativ zur offenen Eingangsstufe geäußert und hätte sich sogar gewünscht, dass sich bereits mehr Grundschulen auf diesen Weg begeben hätten. Das pädagogische Konzept der Grundschulen liegt aber nicht in der Entscheidungshoheit des Rates, sondern der Schulvorstand muss ihre Einführung beschließen.

zu Frage 2:

Ratsherr Eilers sieht keinen Widerspruch in der heutigen Entscheidung zur Äußerung des Kultusministers Herrn Althusmann und dem CDU-Wahlprogramm. Er hält die Einführung der offenen Eingangsstufe für Varel weiterhin für erstrebenswert. Das Prinzip wohnortnaher Grundschulen sieht er nicht gefährdet. Schon jetzt gehen Kinder aus Altjührden und Borgstede mit den Kindern in Obenstrohe und Langendamm zusammen in den Kindergarten. So können sie auch über den Kindergarten hinaus zusammen bleiben und gemeinsam zur Schule gehen. Die CDU-Fraktion befürwortet grundsätzlich die Einführung der offenen Eingangsstufe, sie wird von allen als positiv empfunden. Allerdings liegt es in der Eigenverantwortung der Schule, diese einzuführen. Von der CDU-Fraktion würde es begrüßt werden, wenn sich weitere Schulen auf diesen Weg machen, dabei ist es sicherlich von Vorteil, dass bereits eine Schule nach diesem Konzept arbeitet.

zu Frage 3:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht die offene Eingangsstufe als erstrebenswert an und ist ein großer Befürworter dieses Konzeptes. Die Entscheidung, ob eine Schule diese einführt, liegt aber beim Schulvorstand. Der Rat kann hier nur unterstützen und helfend eingreifen. Ratsherr Meinen sieht keinen Widerspruch zum Wahlprogramm der Grünen. Hier handelt es sich vorrangig um eine Schulstrukturentscheidung. Eine Schule, die aufgrund der geänderten Schulstruktur nicht mehr erhalten werden kann, kann nicht nur deshalb bestehen bleiben, weil sie eine offene Eingangsstufe hat. Das Konzept der offenen Eingangsstufe kann auf die Grundschule Langendamm übertragen werden, dieses ist aus seiner Sicht auch im vorgesehenen Zeitrahmen möglich. Wichtig ist, dass sich Varel auf Dauer keine 8 Grundschulen leisten kann, daher ist eine Ressourcenbegrenzung erforderlich.

zu Frage 4:

Ratsherr Bruns weist nochmals darauf hin, dass über das Konzept der Schule der Schulvorstand und nicht der Rat entscheidet. Ihm ist aber bekannt, dass bereits jetzt zwischen den beiden Grundschulen Gespräche laufen. Mit dem durch die Mehrheitsgruppe eingereichten Ergänzungsantrag soll der Übergang der Grundschule Borgstede zur Grundschule Langendam erleichtert werden. Ratsherr Bruns zitiert den unter TOP 5. 3.5.1.6 anliegenden Ergänzungsvorschlag der SPD/CDU/FDP-Gruppe.

zu Frage 5 und 6:

Zu den widersprüchlichen Aussagen des Herrn Beier kann Ratsherr Bruns sich nicht äußern, das müsste direkt mit ihm geklärt werden. Die Stadt als Schulträger wird zumindest alles leisten, was sie leisten kann, um den Zeitrahmen einzuhalten. Eine Garantie, dass die Eingangsstufe unmittelbar weiter geführt wird, kann nicht gegeben werden.

zu Frage 7:

Ratsherr Eilers weist darauf hin, dass Herr Dr. Drabent von der Landesschulbehörde, den Zeitraum zwar für ambitioniert hält, er aber auch sagt, dass es theoretisch möglich ist, es zu schaffen. Wenn alle sich einig sind und früh die Kenntnisse aus Borgstede genutzt werden, ist eine Einführung zum Jahr 2014 möglich. Ratsherr Eilers selber kann kein Beispiel einer Schule nennen, die es in diesem Zeitrahmen geschafft hat. Allerdings haben in den letzten Jahren gerade die Grundschule Altjührden und die Grundschule Borgstede gezeigt, dass sie aus der Not heraus in der Lage sind, sehr schnell neue Konzepte (Integration und offene Eingangsstufe) zu erarbeiten und umzusetzen. Dies sieht er als Zeichen dafür, dass sie in der Lage sind, Herausforderungen anzunehmen und zum Erfolg zu

führen.

zu Frage 8:

Ratsherr Bruns verweist auf die Landesschulbehörde und die Nds. Bildungsregion, die den Zeitraum von 18 Monaten zwar für ambitioniert, aber für machbar halten. Die Entscheidung liegt jetzt bei der Schule.

zu Frage 9:

Nach Aussage des Ratsherrn Bruns hat es keine expliziten Gesprächen zwischen den Schulleitungen und dem Schulausschuss zum Thema offene Eingangsstufe gegeben. Allerdings steht die Verwaltung im dauernden Kontakt mit den Schulen. Ratsherr Bruns sieht auch keine Notwendigkeit für Gespräche, da die Einführung der offenen Eingangsstufe nicht Aufgabe der Politik sondern der Schule ist.

zu Frage 10:

Ratsherr Eilers bestätigt, dass die Stadt Varel große finanzielle Probleme hat. 2012 liegt das Defizit bei ca. 5,5 Mio. € und wird perspektivisch 2013 voraussichtlich bei ca. 3 Mio. € liegen. Der Stadt sind daher keine großen Sprünge möglich. Die Grundschulpolitik ist allerdings keine Sparpolitik. Die Einsparungen, die durch die Schließung entstehen, sollen in die verbleibenden Schulen fließen. Insbesondere die Grundschule Langendamm soll, wie es der Ergänzungsantrag der Mehrheitsgruppe vorsieht, baulich aufgewertet werden.

zu Frage 11:

Ratsherr Bruns bestätigt, dass es durch den Zusammenschluss der Grundschulen bei einem Bestandsschutz für die 4. Klassen im Jahr 2014/15 zu räumlichen Problemen an der Grundschule Langendamm kommt. Allerdings wurde von der Stadt nie eine Containerlösung in Erwägung gezogen. Der von der Mehrheitsgruppe eingebrachte Ergänzungsantrag soll dazu beitragen, dieses räumliche Problem gemeinsam zu lösen.

zu Frage 12:

Mit der Entscheidung muss nach Aussage des Ratsherrn Bruns der demografischen Entwicklung Rechnung getragen werden. Das Engagement der Eltern soll dabei nicht vernichtet werden. Er hofft, dass sich die Eltern der Grundschule Borgstede auch weiterhin in dem Maße für die Grundschule Langendamm engagieren.

Ergänzend zu seinem Fragenkatalog weist Herr Strack auf den besonderen Status der Grundschule Borgstede mit ihrer offenen Eingangsstufe hin. Der Schule wurde bestätigt, dass sie im Umkreis von 40 km wegen ihres Konzeptes herausragt. Eine Übertragung in 18 Monaten hält er für sehr schwierig und fordert die Politik nochmals dazu auf, auf den Minimalkompromiss, der Verlängerung um ein Jahr, einzugehen. Aus seiner Sicht würde dieses Jahr keine zusätzlichen Kosten verursachen. Wird heute so entschieden, wie vorgeschlagen, werden 50 Eltern und Lehrer mit großem Engagement vor den Kopf gestoßen. Aus seiner Sicht gibt es nur wenige Argumente für eine Schließung, aber viele gute dagegen. Er plädiert eindringlich dafür, den Kompromissvorschlag der Elternschaft anzunehmen. Er regt an, die Abstimmung in geheimer Wahl durchzuführen.

Auf Nachfrage unterschiedlicher Einwohner erklärt Ratsherr Eilers, dass aus seiner Sicht kleine Schulen ein Defizit an außerschulischen Angeboten haben, da es einfacher ist, bei mehr Schülern Gruppen unterschiedlicher Interessenslagen zu bilden. Grundsätzlich ist er ein Anhänger von zweizügigen Schulen, denn erst ein größerer Pool an Schülern ermöglicht es z. B. ausreichend Angebote für eine

Ganztagsschule anzubieten. Er kann nachvollziehen, dass die Eltern der Grundschule Altjührden und Borgstede mit ihren Schulen zufrieden sind, die aufnehmenden Schulen sind aber auch nicht schlechter. Seine Meinung, dass er Kombiklassen und fachfremde Lehrer grundsätzlich als problematischer ansieht, beruht auf persönliche Erfahrung. Beides erfordert eine besondere Befähigung der Lehrer. Auch wenn Grundschullehrer grundsätzlich breit ausgebildet sind, ist es ein Vorteil in machen Fächern, wie z. B. Sport und Musik speziell ausgebildete Lehrer zu haben. Kombiklassen sollten aus seiner Sicht nur vorübergehend eingeführt werden. Insgesamt muss der Rat über die Struktur der Grundschulen entscheiden. Wenn durch die Schließung von kleinen Grundschulen andere Grundschulen besser gestellt werden können, sieht er keinen Grund Schulen mit Kombiklassen dafür zu erhalten.

Eine Lehrerin der Grundschule Borgstede fragt nach der Beantwortung eines Fragenkatalogs, den Kinder der Grundschule Borgstede dem Rat zugeleitet haben. Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass dieser bislang nicht eingegangen ist, er wird aber sobald er vorliegt beantwortet.

Auf Nachfrage einiger Bürger zum Bestandsschutz der 4. Klasse teilt Bürgermeister Wagner mit, dass es schulrechtlich keinen Bestandsschutz gibt. Es ist aber in Absprache mit der Landesschulbehörde geplant, die 4. Klassen im Verbund zu lassen.

Auf Nachfrage eines Bürgers erklärt Bürgermeister Wagner, dass es noch keine konkreten Gespräche mit der Tagespflege bezüglich einer Ganztagsbetreuung für die Grundschulen Altjührden und Borgstede gegeben hat. Allerdings wird dieses Thema insgesamt im Konzept „Kinderland Varel“ behandelt und eine Konzeption für alle Schulen erarbeitet.

Bezüglich der Fragen zur Verlängerung der Übergangsfrist verweist Bürgermeister Wagner auf die folgende Diskussion unter TOP 5.3.5. Grundsätzlich wäre es möglich die beiden Grundschulen, wie von einem Bürger vorgeschlagen, getrennt zu behandeln. Es geht hier aber nicht um Einzelfallentscheidungen, sondern um eine grundsätzliche Entscheidung über die Schulstruktur in Varel. Dabei wirkt sich der demografische Wandel nicht nur im Bereich der Schulen, sondern auch in vielen anderen Bereichen aus.

Ein Bürger erkundigt sich, ob in anderen Kommunen konkret für die Grundschulen Altjührden und Borgstede und ihren Konzepten geworben wurde. Bürgermeister Wagner erklärt daraufhin, dass nicht nur in Altjührden die Integration erfolgreich praktiziert wird, sondern auch z. B. seit über 10 Jahren in Büppel. Die umliegenden Gemeinden haben kein großes Interesse daran, dass ihre Kinder in Varel beschult werden, denn auch bei ihnen geht aufgrund des demografischen Wandels die Schülerzahl zurück. Mit den Konzepten ist daher nicht geworben worden.

Ratsherr Funke kündigt an, dass seine Fraktion die geheime Wahl beantragen wird.

5 Berichte und Anträge der Ausschüsse

5.1 Verwaltungsausschuss vom 18.10.2012

5.1.1 Ausschuss für Feuerwehr-, Markt- und Ordnungsangelegenheiten vom 01.10.2012

**5.1.1.1 Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Freigängerkatzen im Gebiet der Stadt Varel.
Vorlage: 376/2012**

Ratsherr Funke spricht sich gegen die Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Freigängerkatzen aus. Sie hat den Charakter einer Polizeiverordnung, auf der unter Umständen ein Bußgeld bis zu 5.000 € erhoben werden kann. Er kann sich nicht vorstellen, wer die Einhaltung dieser Verordnung kontrollieren soll. Es wird zwar gesagt, es ist nur ein Appell, aber wenn es wirklich nur ein Appell sein soll, ist keine Verordnung erforderlich. Er fordert dazu auf, diesem Beschluss nicht zuzustimmen, denn aus seiner Sicht bewirkt die Verordnung nichts.

Bürgermeister Wagner deutet darauf hin, dass diese Verordnung die Katzen präventiv schützen soll. In diesem Zusammenhang weist Ratsherr Funke auf § 1 Tierschutzgesetz hin, welcher Tierquälerei unter Strafe stellt.

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr-, Markt- und Ordnungsangelegenheiten vom 01.10.2012 anliegende Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen im Gebiet der Stadt Varel, die sich außerhalb der Wohnungen ihrer Halter frei bewegen, wird beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 22 Nein: 5 Enthaltungen: 1

**5.1.1.2 Aufwandsentschädigung für die Funktionsträger der Jugendfeuerwehr der Stadt Varel
Vorlage: 377/2012**

Beschluss:

Die Satzung über die Gewährung von Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Varel wird in der als Anlage zum Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr-, Markt- und Ordnungsangelegenheiten vom 01.10.2012 vorliegenden Änderungssatzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

**5.1.1.3 Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Varel
Vorlage: 378/2012**

Beschluss:

Die Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Varel wird in der als Anlage

zum Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr-, Markt- und Ordnungsangelegenheiten vom 01.10.2012 vorliegenden Änderungssatzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

5.1.2 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 04.10.2012

5.1.2.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Zukunft Varel zum Bestandsschutz aller Grundschulen in Varel Vorlage: 400/2012

Aussprache siehe TOP 5.3.5.

Beschluss:

Dem Antrag der Fraktion Zukunft Varel vom 04.10.2012 (Bestandsschutz aller Grundschulen der Stadt Varel bis 2018) wird entsprochen.

**Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 7 Nein: 20 Enthaltungen: 1**

5.1.3 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 08.10.2012

5.1.3.1 Widmung von Straßen; hier: Heckenweg (Teilstück) Vorlage: 329/2012

Beschluss:

Nach § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Gesetze vom 28. Oktober 2009 (Nds. GBVI. S. 372), wird nachstehend aufgeführte Verkehrsanlage für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

Heckenweg (Teilstück) (A 243-1)

Länge der Teilstückes: ca. 50 m

Die öffentliche Verkehrsanlage umfasst das Flurstück 170/9, der Flur 37, Gemarkung Varel-Land

Anfangspunkt: Straßenverlauf beim Flurstück 170/8 der Flur 37, Gemarkung Varel-Land

Endpunkt: Zwischen den Flurstücken 754/160 und 170/10 der Flur 37, Gemarkung Varel-Land

Die Nummer im Straßenbestandsverzeichnis lautet: A 243-1

Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Varel.

Einstimmiger Beschluss

5.1.3.2 Widmung von Straßen; Rodenkirchener Straße (Einmündung Knickweg) Vorlage: 330/2012

Beschluss:

Nach § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Gesetze vom 28. Oktober 2009 (Nds. GBVI. S. 372), wird nachstehend aufgeführte Verkehrsanlage für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

Rodenkirchener Straße (A 374)

Länge der Straße: ca. 182 m

Die öffentliche Verkehrsanlage umfasst die Flurstücke 182/8, 115/6, 119/11, 119/13, 87/4 und 142/30 der Flur 37, Gemarkung Varel-Land

Anfangspunkt: beim Knickweg, Flurstück 756/261, Flur 37, Gemarkung Varel-Land

Endpunkt: Schnittpunkt der Rodenkirchener Straße (B 437) zwischen den Flurstücken 182/6 und 142/1, der Flur 37, Gemarkung Varel-Land

Die Nummer im Straßenbestandsverzeichnis lautet: A 374.

Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Varel.

Einstimmiger Beschluss

5.1.3.3 Widmung von Straßen; Rodenkirchener Straße (Erschließung zu Wohnhäusern) Vorlage: 331/2012

Beschluss:

Nach § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Gesetze vom 28. Oktober 2009 (Nds. GBVI. S. 372), wird nachstehend aufgeführte Verkehrsanlage für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

Rodenkirchener Straße (A 375)

Länge der Straße: ca. 180 m

Die öffentliche Verkehrsanlage umfasst das Flurstück 248/18 der Flur 37, Gemarkung Varel-Land

Anfangspunkt: Schnittpunkt der Rodenkirchener Straße (B 437) beim Flurstück 248/19, der Flur 37, Gemarkung Varel-Land

Endpunkt: Sackgasse beim Flurstück 212/3, der Flur 37, Gemarkung Varel-Land

Die Nummer im Straßenbestandsverzeichnis lautet: A 375.

Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Varel.

Einstimmiger Beschluss

5.1.4 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 10.10.2012

5.1.4.1 Bebauungsplan Nr. 169, 2. Änderung (Bereich Lekewiesen/An der Leke) - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 391/2012

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 10.10.2012 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Bebauungsplan Nr. 169, 2. Änderung inklusive Begründung wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

5.2 Verwaltungsausschuss vom 08.11.2012

Kein Tagesordnungspunkt

5.3 Verwaltungsausschuss vom 06.12.2012

5.3.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 13.11.2012

5.3.1.1 Neufassung der Betriebssatzung für das Wasserwerk der Stadt Varel Vorlage: 440/2012

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb

Wasserwerk der Stadt Varel vom 13.11.2012 anliegende Neufassung der Betriebsatzung für das Wasserwerk der Stadt Varel wird beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

**5.3.1.2 Wechsel des Betriebsleiters für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel
Vorlage: 441/2012**

Beschluss:

Herr Bürgermeister Gerd-Christian Wagner wird mit Ablauf des 31.12.2012 als Betriebsleiter des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel abberufen und mit Wirkung zum 01.01.2013 zum stellvertretenden Betriebsleiter bestimmt.

Herr Erster Stadtrat Dirk Heise wird mit Wirkung zum 01.01.2013 zum Betriebsleiter des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel bestimmt.

Einstimmiger Beschluss

5.3.2 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 14.11.2012

**5.3.2.1 Neufassung der Straßenreinigungssatzung und Änderung der Straßenreinigungsverordnung
Vorlage: 437/2012**

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL spricht sich gegen die Neufassung aus, da nach Auskunft des Bürgermeisters nicht mit den Hinterliegergrundstückseigentümern gesprochen wurde. Dieses wäre aus Sicht des Ratsherrn Funke erforderlich gewesen.

Beschluss:

Die als Anlage zum Protokoll über die Sitzung vom Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 14.11.2012 beigefügte Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Varel (Straßenreinigungssatzung) sowie die Verordnung zur 8. Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Varel (Straßenreinigungsverordnung) wird beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 24 Nein: 4

5.3.3 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20.11.2012

5.3.3.1 Bebauungsplan Nr. 63, 11. Änderung (Bereich Fasanenweg) - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 443/2012

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20.11.2012 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Die 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 incl. Begründung wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

5.3.4 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 22.11.2012

5.3.4.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: 454/2012

Die Fraktion MMW wird sich enthalten, auch wenn sie die positiven Anstrengungen, das Defizit zu senken, anerkennt. Die Ablehnung beruht auf die Einplanung von Planungskosten im Wirtschaftsplan für einen Neubau in Dangast, den die Fraktion MMW ablehnt. In Dangast gibt es ihrer Ansicht nach bereits jetzt einen Investitionsstau, so dass das eingeplante Geld an anderer Stelle sinnvoller eingebracht werden könnte.

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL wird dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast nicht zustimmen. Im Wirtschaftsplan sind Planungskosten in Höhe von 100.000 € eingeplant, obwohl noch kein Beschluss über die Planung gefasst wurde. Diese Kosten müssen von der Stadt finanziert werden und sind nicht vom Eigenbetrieb erwirtschaftet. Aus diesem Grund und auch wegen anderer Positionen im Wirtschaftsplan, z. B. den Sonderabschreibungen, lehnen sie den Entwurf ab.

Ratsherr Eilers weist darauf hin, dass in Dangast mit allen Beteiligten intensive Gespräche über die weitere Entwicklung geführt werden. Der Wirtschaftsplan spiegelt eine positive Entwicklung wider. Von allen wird daran gearbeitet, das Defizit des Eigenbetriebes deutlich zurück zu fahren. Bezüglich der Planungskosten ist zu bedenken, dass sie erst fällig werden, wenn auch tatsächlich ein Auftrag erteilt wird. Voraussichtlich können die grundsätzlichen Planungen 2013 abgeschlossen werden, daher ist es auch gerechtfertigt im Wirtschaftsplan 2013 einen Ansatz für die Planungskosten aufzunehmen.

Beschluss:

Dem Entwurf des Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb der Stadt Varel Kurverwaltung Nordseebad Dangast für das Wirtschaftsjahr 2013 mit den folgenden Angaben:

1. Es betragen

1.1 im Erfolgsplan	Euro
die Erträge	1.534.900,00
die Aufwendungen	2.461.270,00
der Jahresverlust	926.370,00
auszugleichen aus dem Haushalt der Stadt Varel	
1.2. im Vermögen	
die Deckungsmittel	385.000,00
der Finanzbedarf	385.000,00

2. Sonstige Festsetzungen

- 2.1. Der Gesamtbetrag der vorhergesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigungen) wird bei Bedarf im Einzelfall festgesetzt.
- 2.2. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0,00 € festgesetzt.
- 2.3. Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Wirtschaftsjahr 2013 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden können, wird auf 235.000,00 € festgesetzt.

wird zugestimmt.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 20 Nein: 4 Enthaltungen: 4

**5.3.4.2 Neubesetzung der Betriebsleitung für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast
Vorlage: 453/2012**

Beschluss:

Herr Erster Stadtrat Dirk Heise wird mit Ablauf des 31.12.2012 als Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast abberufen. Mit Wirkung vom 01.01.2013 wird Herr Bürgermeister Gerd-Christian Wagner zum Betriebsleiter des Eigenbetriebes Nordseebad Dangast bestimmt.

Die Besetzung der stellv. Betriebsleitung bleibt unverändert.

Einstimmiger Beschluss

5.3.5 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 26.11.2012

5.3.5.1 **Grundschulkonzept 2013 - Grundsatzbeschluss über Standorte und Einzugsbereiche der Grundschulen im Bereich der Stadt Varel**

Die Debatte zu den TOP 5.1.2 und 5.3.5.1 wird zusammen geführt.

In der Anlage wird der Antrag des Bürgers Herrn Wittkowski sowie das Antwortschreiben der Verwaltung zur Kenntnis gegeben.

Die SPD/CDU/FDP-Gruppe stellt anliegenden Ergänzungs- bzw. Änderungsantrag. Um einen reibungslosen und geordneten Übergang der Schule Borgstede in die Schule Langendamm zu sichern und nachhaltig einen Grundschulstandard zu schaffen, der auch kurzfristige Raumprobleme beim Übergang lösen wird, soll die Verwaltung folgenden Auftrag erhalten:

„Es sind in Zusammenarbeit mit der Schulleitung in Langendamm Pläne und Konzepte für eine Lösung des Raumproblems zu entwickeln. Gegenstand der Planung soll der Bau einer Pausenhalle, Planung von fehlenden Gruppenräumen so wie eine Verbesserung der Zugängigkeit zu den Toiletten sein. Haushaltsmittel in angemessener Höhe sind für die Haushaltsjahre 2013/2014 bereitzustellen. Die Politik sieht sich verpflichtet, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Baumaßnahme bis zum Schuljahr 2014/2015 abzuschließen.“

Mit dem Bau der Pausenhalle besteht aus Sicht der SPD/CDU/FDP-Gruppe in Langendamm kein räumliches Problem mehr. Die Gruppe sieht sich verpflichtet, die Schulen so auszustatten, dass sie nachhaltig den vorgegebenen Standards entsprechen.

Ratsfrau Toepler begrüßt grundsätzlich den Ergänzungsantrag der Mehrheitsgruppe, es ist aus ihrer Sicht gut, dass jetzt Investitionen getätigt werden sollen, die die Fraktion ZUKUNFT VAREL schon häufig gefordert hat. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL hält allerdings die Grundschulen Altjührden und Borgstede für erhaltenswert und bedauert, dass der Wille der Eltern, die beide Schulen gerne behalten würden, keine Berücksichtigung findet. So wie es scheint, ist der Beschluss unumstößlich. Dieses ist umso bedauerlicher, da es aus Sicht von Frau Toepler viele gute Argumente für eine Aufrechterhaltung dieser Schulen gibt. Dagegen kann sie nur wenige Argumente sehen, die eine Schließung rechtfertigen. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL hat mehrere Anträge für deren Erhalt gestellt, leider wurden sie alle abgelehnt. Genauso wie ihr Antrag auf Verschiebung um ein Jahr. Gerade bei der Zusammenschließung der Schulen sollte ihnen einen ausreichenden zeitlichen Rahmen für das Zusammenwachsen zur Verfügung gestellt werden. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL plädiert daher dafür, den Schulen ein weiteres Jahr zu gewähren.

Auch für die SPD/CDU/FDP-Gruppe war diese Entscheidung nicht einfach und Ratsherr Bruns kann die Eltern verstehen, die ihre Schule erhalten möchten. Allerdings muss der Rat sich die Frage stellen, wann er als Schulträger verpflichtet ist, einzugreifen. Die Schülerzahlen sind seit 1975 drastisch, von 1.909 auf zukünftig ca. 700 Grundschulern, zurückgegangen. Daher stellt sich die Frage, ob noch eine gesunde Grundschulstruktur bei 8 Grundschulen möglich ist. Die heutige Entscheidung geht nicht für oder gegen ein Konzept einer Schule, sondern ausschließlich um die gesamte Grundschulstruktur in Varel. Es obliegt nicht dem Schulträger, über bestimmte Konzepte einzelner Grundschulen zu entscheiden. Der Schulvorstand einer Grundschule entscheidet über das Konzept, wie z. B. die

Einführung einer offenen Eingangsstufe. Das heißt, dass sich die Eltern und Lehrer in Langendamms für diese Form der Beschulung aussprechen müssen. Insgesamt hält Ratsherr Bruns einen Übergang in 18 Monaten nicht für einen kurzen Zeitraum. In dieser Zeit sollte es zu schaffen sein, die Schüler, Eltern und Lehrer der Grundschulen Altjührden und Borgstede in die aufnehmenden Grundschulen zu integrieren. Die SPD/CDU/FDP-Gruppe hat sich ausdrücklich für einen Bestandsschutz für die 4. Klassen ausgesprochen.

Ratsherr Bruns weist abschließend darauf hin, dass eine geordnete Grundschulstruktur auch dafür erforderlich ist, um den zukünftigen Aufgaben der Grundschulen, z. B. der Inklusion, gewachsen zu sein. Jetzt sollte sich Varel auf den Weg zu einer guten Grundschulstruktur machen. Die SPD/CDU/FDP-Gruppe wird heute die Entscheidung treffen und ist sich damit ihrer Verantwortung bewusst.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski weist auf die bereits 2008/2009 geführte Grundschuldebatte hin. Damals war auch die Grundschule Am Hafen mit im Fokus für eine mögliche Schließung. Nachdem in deren Einzugsbereich neues Bauland erschlossen wurde, hat sich die Lage gewandelt und der Bestand der Grundschule ist zunächst gesichert. Es war daher damals gut die Entscheidung zu vertagen. Es ist insgesamt aber unumstößlich, dass die Schülerzahlen aufgrund des demografischen Wandels zurück gehen. Die Grundschullandschaft Varels muss daher insgesamt betrachtet werden. Dabei ist es aber auch wichtig nicht nur die Finanzen, sondern auch die Konzepte zu berücksichtigen. Es muss auch erlaubt sein, sich die Frage zu stellen, ob kleine Schulen nicht effektiver arbeiten. 2009 hatte stellv. Bürgermeister Chmielewski eine klare Meinung über kleine Schulen, dieses hat sich ein wenig gewandelt. Die großen Leistungen der Grundschulen Altjührden und Borgstede in Sachen offene Eingangsstufe und Inklusion muss er anerkennen. Vor einer Schließung einer Grundschule in Varel, sollte aber auch das Thema Inklusion, welches in den nächsten Jahren auf die Stadt zukommt, bedacht werden. Es muss sich die Frage gestellt werden, reicht dann der Raumbedarf der einzelnen Grundschulen aus. Der Fraktion MMW fehlt es bislang an einem ganzheitlichen Konzept. Auch wenn der Ergänzungsantrag der SPD/CDU/FDP-Gruppe zeigt, dass im Einzelnen jetzt nachjustiert wird, reicht es der Fraktion MMW nicht aus. Sie fordern die Ratsmitglieder auf, sich dem Kompromissvorschlag der Eltern aus Borgstede, der Verlängerung um 1 Jahr, anzuschließen. Aus ihrer Sicht spricht nichts gegen eine Verlängerung und kostet die Stadt auch nichts. Es ist für die Fraktion MMW unverständlich, dass ohne Not eine Schule frühzeitig geschlossen wird.

Auch Ratsherr Eilers blickt nochmals auf die Schuldiskussion im Jahr 2009 zurück. 2009 war ein geordneter Übergang nicht möglich, daher beschloss der damalige Rat einen Bestandsschutz bis 2013. Nun ist es aber notwendig eine Entscheidung mit Perspektive zu treffen und diese Entscheidung kommt nach der langen Zeit der Diskussion auch nicht überraschend. Die SPD/CDU/FDP-Gruppe hat sich um eine Entscheidung im Sinne aller Kinder und Schulen bemüht. Es ist wichtig, dass den Schulen endlich die Unsicherheit über ihren Fortbestand genommen wird. Um allen Vareler Kindern eine Chancengleichheit bieten zu können, sind eine Vereinheitlichung von Angeboten an den Grundschulen und gleiche Ausstattungsstandards notwendig. Dabei ist es wichtig, dass die der Stadt Varel für die Grundschulen zur Verfügung stehenden Mittel, gleich verteilt werden. Ratsherr Eilers spricht sich daher dafür aus, gezielt in die 6 Grundschulen zu investieren, die auf Dauer gesichert sind.

Bei der Schließung von Grundschulen ist es wichtig, dass ein geordneter Übergang an die neuen Grundschulen gesichert ist, um Nachteile für die Kinder zu vermeiden. Die SPD/CDU/FDP-Gruppe schlägt daher einen Übergang zum Schuljahr 2014/2015, und damit ein Jahr später als ursprünglich geplant, vor. Ein

weiterer Bestandsschutz bis 2018, wie von der Fraktion ZUKUNFT VAREL beantragt, kann aus Sicht des Rats Herrn Eilers die Situation nicht ändern. Die Schulstandorte Altjührden und Borgstede können nicht gestärkt werden, ohne anderen Schulen etwas weg zu nehmen. Für die Konzentration auf sechs Grundschulen spricht auch, dass ein umfassendes Nachmittagsangebot an allen Schulen nicht möglich ist. Die Kosten für die Nachmittagsangebote pro Kind sinken, wenn es weniger Schulen gibt.

Diese Entscheidung um die Schließung zweier Grundschulen ist eine Herausforderung für die Kommunalpolitik und die CDU-Fraktion hat sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Rats Herr Eilers ist sich aber sicher, dass sie eine zukunftsfähige Lösung gefunden haben. Heute wird der Beschluss gefasst zwei Grundschulen zu schließen, danach besteht die Aufgabe zu klären, wie dieses in geeigneter Weise erfolgen kann. Dabei sind die entscheidenden Punkte, der Bestandsschutz für die 4. Klassen, ein ausreichendes Raumangebot bei den aufnehmenden Schulen und die Beibehaltung der offenen Eingangsstufe. Bei der Umsetzung wird die Bildungsregion Friesland sowie die Landesschulbehörde die Stadt und die Schulen unterstützen. Bereits jetzt gibt es eine Empfehlung der Landesschulbehörde, dass die 4. Klassen im Verband übergehen sollen. Das hat zur Folge, dass in Langendamm im Schuljahr 2014/2015 vorübergehend ein Raum fehlt. Es ist jetzt wichtig eine Lösung zu finden, die nicht provisorisch ist. Seit zwei Jahren möchte die Grundschule Langendamm eine Pausenhalle. Die SPD/CDU/FDP-Gruppe schlägt daher vor, diese Pausenhalle jetzt zu bauen, um damit auch gleichzeitig das Raumproblem für den Übergang zu lösen. Die Kosten für den Bau der Pausenhalle sind durch die Einsparungen an der Grundschule Borgstede solide gegenfinanziert.

Die CDU-Fraktion würde sich einen Erhalt der offenen Eingangsstufe in Varel wünschen. Erklärtes Ziel ihrer Fraktion ist es, dass alle Schulen sich auf den Weg hin zur offenen Eingangsstufe machen. Aber es liegt allein in der Entscheidung der einzelnen Schulen. Der Rat kann dabei nicht entscheiden, sondern lediglich unterstützend tätig sein. Bislang ist vielen die offene Eingangsstufe noch nicht bekannt. Es ist daher auch eine Chance, jetzt die Eingangsstufe in Varel bekannter zu machen. Die Schulvorstände und Lehrer sollten sich mit diesem sinnvollen pädagogischen Konzept vertraut machen. Es kann nicht gesagt werden, dass die offene Eingangsstufe in Borgstede mit der Schließung zum Jahr 2014/2015 sterben wird, dieses liegt allein in der Hand der Eltern und Lehrer.

Eine Verschiebung der Schließung auf das Schuljahr 2015/2016 lehnt die CDU-Fraktion ab. Aus Gleichheitsgründen käme es auch nicht in Frage, nur für Borgstede den Termin zu verlegen. Außerdem sei zu bedenken, dass viele Eltern sich überlegen werden, ob sie, wenn die Schließung feststeht, noch in den Schulen einschulen lassen. Eine Schließung zum Schuljahr 2014/2015 gewährt den Schulen einen ausreichenden Zeitraum von 18 Monaten für den Übergang. Rats Herr Eilers ist sich sicher, dass die aufnehmenden Schulen den Kindern einen herzlichen Empfang bieten werden.

Insgesamt ist die CDU-Fraktion sich sicher, dass sie hier und heute die richtige Entscheidung für die Vareler Grundschulen trifft, indem sie dem Vorschlag der Verwaltung folgt.

Rats Herr Kickler bemängelt, dass es von Anfang an kein Gesamtkonzept gegeben hat. Über Alternativen wurden nie nachgedacht. Ein wichtiger Aspekt, der hätte mit einfließen müssen, ist die Inklusion. Es ist zu bedenken, dass bei der inklusiven Beschulung diese Kinder doppelt zählen, so dass die Klassen kleiner werden. Das könnte zu zusätzlichem Raumbedarf führen. Aus seiner Sicht ist Inklusion sehr gut an kleinen Schulen möglich. Die Fraktion MMW wird gegen die Schließungen stimmen, da sie den Beschluss für nicht ausreichend durchdacht hält.

Ratsherr Funke weist darauf hin, dass viele Mitglieder der SPD-Fraktion sich in der Schuldiskussion 2009 und im Wahlkampf für die Kommunalwahl 2011 noch gegen Schulschließungen ausgesprochen haben. Er äußert sein Unverständnis über diesen Sinneswandel. Bereits damals standen die Daten und Fakten über die Schülerzahlentwicklung fest, sie haben sich lediglich für die Grundschule Hafenschule geändert. 2009 wurde ein Arbeitskreis gebildet, der ein Grundschulkonzept mit pädagogischem Hintergrund für die nächsten 15-20 Jahre entwickeln sollte. Es hieß damals der Vorrang liegt beim Wohl der Kinder und wichtig sei, dass das Konzept für die Eltern und Kinder tragfähig ist. Jetzt scheint es ihm, was früher für richtig gehalten wurde, ist es jetzt bei der Mehrheitsfraktion nicht mehr. Er fordert von der Mehrheitsgruppe eine Erklärung für diesen Sinneswandel. Der Schulträger muss sich die Frage stellen, wann ist er verpflichtet in die Schulstruktur einzugreifen. Aus Sicht des Ratsherrn Funke ist er es dann, wenn die Eltern und Lehrer ihn dazu auffordern oder wenn der Gesetzgeber dieses vorschreibt. Beides ist in Varel aber nicht der Fall. Entgegen der Äußerung des Ratsherrn Meinen, der, wie Ratsherr Funke darlegt, gesagt hat, dass die Schulstrukturfrage vorrangig ist, hält Herr Funke das pädagogische Konzept für wichtiger. Alle Fraktionen haben sich dahingehend geäußert, dass sie die Einführung bzw. die Beibehaltung der offenen Eingangsstufe für sehr wichtig halten. Nach Ansicht des Ratsherrn Funke kann daher die Grundschule Borgstede erst geschlossen werden, wenn sichergestellt ist, dass die offene Eingangsstufe lückenlos weitergeführt werden kann. Bisher hatte er geglaubt, dass sich die Grundschule Langendamm bereits für die Einführung der offenen Eingangsstufe ausgesprochen hat. Da dieses nicht so ist, nimmt er mit Erstaunen war und kann daher noch weniger nachvollziehen, warum Borgstede bereits 2014/2015 geschlossen werden soll. Um den nahtlosen Übergang der offenen Eingangsstufe zu gewährleisten, muss zunächst die Entscheidung des Schulvorstandes der Grundschule Langendamm vorliegen, bevor ein Beschluss über die Schließung der Grundschule Borgstede gefasst werden kann. Es ist wichtig, dieses gute pädagogische Konzept auf jeden Fall für Varel zu erhalten. Die Eltern kämpfen mit Leidenschaft für die offene Eingangsstufe, sie bieten mit der Verschiebung um 1 Jahr einen Minimalkompromiss an. Dieser sollte ihnen auf jeden Fall gewährt werden. Schon 2009 wurde von Ratsfrau Etzold gesagt, dass eine Umsetzung des Übergangs von einer zur anderen Schule mind. 2-3 Jahre dauert. Zum Bedauern von Herrn Funke wird den Schulen dieser Zeitraum jetzt nicht zugestanden. Ratsherr Funke äußert sein Unverständnis darüber, dass die Mehrheitsgruppe nicht bereit ist, auf den von den Eltern unterbreiteten Kompromissvorschlag einzugehen. Zu bedenken sei auch, dass mit der Schließung einer Grundschule in einem Ort, viel Gemeinschaftsgut verloren geht. Insgesamt kann die Mehrheitsgruppe aus Sicht des Ratsherrn Funke keine Gründe für eine Schließung nennen. Auch wenn es nicht offen gesagt wird, zeigt für Herrn Funke die Äußerung in der Diskussion: „Auf Dauer kann sich Varel keine 8 Grundschulen leisten“ doch, dass die Debatte ausschließlich von ökonomischen Gründen geschoben wird. Als Grund wird zwar der demografische Wandel genannt, diesen muss die Stadt aber nicht tatenlos hinnehmen. Durch gezielte Ausweisung von Baugebieten in Altjührden und Borgstede könnte dem entgegen gewirkt werden. Dieser Vorschlag der Fraktion ZUKUNFT VAREL wurde leider abgelehnt.

Abschließend plädiert Ratsherr Funke nochmals, dem Willen der Eltern und Lehrer in Borgstede mehr Gewicht zuzumessen und ihnen, wenn schon die Schließung nicht abgewendet werden kann, das eine Jahr Verlängerung zuzugestehen.

Ratsherr Hinz bedauert sehr, dass es heute zum Beschluss steht, dass zwei Schulen mit hervorragenden Konzepten und engagierten Lehrern geschlossen werden sollen. Die Diskussion wurde bereits 2009 geführt und er hätte sich sehr

gehofft, dass die Entwicklung sich langfristig ändert, so dass dieses hätte vermieden werden können. Aber der demografische Wandel ist nicht aufzuhalten. Daher muss die Stadt handeln, um eine gesunde Grundschulstruktur zu erhalten. Der Rat muss bei seiner Entscheidung das Wohl aller Schulen berücksichtigen. Viel zu oft schon mussten Anträge der Schulen aus finanziellen Gründen abgelehnt werden. Gerade in Altjührden und Borgstede hat sich in den letzten Jahren ein Investitionsstau gebildet. Insgesamt muss eine Bildungsgerechtigkeit gewährleistet sein, es darf nicht dazu kommen, dass einzelne Schulen bevorzugt behandelt werden. Die heutige Entscheidung ist aus Sicht des Ratherrn Hinz sehr schwer, denn es gibt nicht wirklich eine gute Entscheidung. Grundsätzlich spricht er sich für die Schließung aus, um den Eltern und Kindern die Unsicherheit zu nehmen. Gleichzeitig möchte er aber dem Kompromissvorschlag der Eltern, dem Schieben um ein Jahr, zustimmen, denn ihm offenbaren sich keine Argumente, die gegen diese Verschiebung sprechen. Dieses Entgegenkommen sollte den Eltern zugestanden werden. Er wird daher heute für die Schließung stimmen, aber mit der Einschränkung, dass um ein Jahr verschoben wird.

Ratsherr Eilers weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder die Verantwortung für die Entscheidung übernehmen müssen, die Entscheidung kann nicht den Eltern übertragen werden. Es ist gut den Elternwillen zu berücksichtigen, aber nach genauer Abwägung des Für und Wider muss der Rat die Entscheidung für alle Grundschulen treffen. Er sieht einen klaren Auftrag aus der Bevölkerung, jetzt zu entscheiden.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski äußert sein Unverständnis darüber, dass den Eltern aus Borgstede das eine Jahr nicht zugestanden werden soll. Den von der Mehrheitsgruppe vorgebrachten Grund, der Gleichbehandlung gegenüber Altjührden, kann er nicht nachvollziehen. Die offene Eingangsstufe ist ein gutes Konzept, welches unbedingt durchgängig erhalten bleiben sollte. Er hofft daher, dass das eine oder andere Ratsmitglied sich noch für eine Verlängerung um ein Jahr entscheidet.

Ratsherr Bruns weist darauf hin, dass es 2009 eine ganz andere Situation gab. Damals war es den aufnehmenden Schulen nicht möglich, die Klassen aus Altjührden und Borgstede komplett aufzunehmen. Es wäre nur ein schleichender Übergang möglich gewesen. Geänderte Situationen, fordern auch geänderte Betrachtungen. Insgesamt kritisiert er die Art und Weise, wie Ratsherr Funke die Schuldiskussion führt. Er persönlich hat kein Problem die Abstimmung öffentlich durchzuführen, denn jeder Bürger hat seiner Ansicht nach das Recht zu sehen, wie jedes Ratsmitglied abgestimmt hat. Er hat sich ausführlich mit der Angelegenheit beschäftigt und vertritt auch gerne sein Abstimmungsverhalten gegenüber dem Bürger.

Aus Sicht des Ratsherrn Böcker ist es angebracht, die kleinen Grundschulen so lange wie möglich zu erhalten. Erst wenn die Schulen aufgrund der geringen Kinderzahl nicht mehr tragbar sind, sollten sie geschlossen werden. Im Grunde stimmt er daher schon einer Schließung zu. Auch begrüßt er den geplanten Bau der Halle in Langendamm. Allerdings spricht er sich dafür aus, die Schließung um ein Jahr zu verschieben. Abschließend weist er darauf hin, dass bei der Entscheidung das Wohl der Kinder im Vordergrund steht. Es muss aber berücksichtigt werden, dass es auch dem Wohl der Kinder entsprechen kann, wenn sie zukünftig in die Obenstroher Schule gehen.

Zum Vorwurf des Ratsherrn Funke, dass die Schuldebatte aus ökonomischen Gründen geführt wird, verweist Ratsherr Meinen darauf, dass die Stadt insgesamt

nicht mehr Geld für die Grundschulen ausgeben kann. Daher müssen die zur Verfügung stehenden Mittel effektiv auf die Grundschulen verteilt werden. Aus seiner Sicht kann sich die Stadt Varel aufgrund ihrer finanziellen Situation, mit der derzeitigen hohen Verschuldung, daher keinen Idealismus bei den Grundschulen leisten.

Für Ratsfrau Dr. Engstler ist es wichtig, den Eltern und Lehrern die Unsicherheit zu nehmen und daher heute die Schließung zum Jahr 2014/2015 zu beschließen. Die Einschulungszahlen an den Grundschulen Altjürden und Borgstede werden voraussichtlich, sobald deren Schließung feststeht, rapide nach unten gehen. Die Elternumfrage hat gezeigt, dass 65 % der Eltern keine Kombiklassen mit ständigen wechselnden Klassenverbänden möchten. Ratsfrau Dr. Engstler ist beeindruckt vom Engagement der Borgsteder Eltern und Lehrer. Sie glaubt daher auch, dass es mit diesem Engagement möglich ist, den lückenlosen Fortbestand der offenen Eingangsstufe in Langendamm hinzubekommen, sofern die Langendammer Eltern und Lehrer dieses auch möchten. Herr Dr. Drabent von der Landes Schulbehörde hat Vorschläge unterbreitet, wie es umgesetzt werden könnte. Dabei sei zu berücksichtigen, dass die Grundschule Langendamm von der bestehenden Konzeption der Grundschule Borgstede profitieren kann und es daher nicht erforderlich ist, eine ganz neue zu entwickeln.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski sieht die Unsicherheit der Eltern und Lehrer auch genommen, wenn heute ein Beschluss über die Schließung zum Schuljahr 2015/2016 gefasst wird. Abschließend kritisiert er noch den Fragebogen, aus seiner Sicht waren die Fragen sehr unglücklich gestellt. Er appelliert an die Ratsmitglieder bei dem folgenden Beschluss ihrem Gewissen zu folgen.

Ratsherr Funke beantragt geheime Abstimmung zu TOP 5.3.5.1.5. Gemäß § 14 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Rates ist dafür die Unterstützung von mind. 1/3 der anwesenden Ratsmitglieder (mind. 10 Ratsmitglieder) notwendig. Auf Nachfrage der Ratsvorsitzenden Schneider unterstützen 9 Ratsmitglieder den Antrag auf geheime Abstimmung. Damit ist der Antrag abgelehnt und es wird offen abgestimmt.

Ratsherr Funke beantragt zu TOP 5.3.5.1.6 namentliche Abstimmung. Gemäß § 14 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Rates ist hierfür die Unterstützung von mind. 1/3 der anwesenden Ratsmitglieder (mind. 10 Ratsmitglieder) notwendig. Ratsvorsitzende Schneider lässt über den Antrag mit folgendem Ergebnis abstimmen: Ja: 24 Nein: 1 Enthaltungen: 3. Damit ist der Antrag angenommen und es wird namentlich abgestimmt.

Ratsherr Funke bittet um Ergänzung des Ergänzungs- bzw. Änderungsantrages der SPD/CDU/FDP-Gruppe dahingehend, dass nicht nur in Zusammenarbeit mit der Schulleitung in Langendamm Pläne und Konzepte entwickelt werden, sondern, dass auch die Lehrer, Eltern und die Schulleitung der Grundschule Borgstede einbezogen werden. Der Rat ist sich einig, dass dies in das Protokoll aufgenommen wird.

5.3.5.1.1 Beschluss 1 - 1. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
Vorlage: 464/2012/1

Beschluss:

Ein Beschluss über die Auflösung der Grundschulstandorte Altjührden und Borgstede wird nicht gefasst.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 7 Nein: 21

5.3.5.1.2 Beschluss 2 - 2. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
Vorlage: 464/2012/2

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, zusammen mit den Schulleitungen, Eltern und Lehrerinnen Konzepte zu entwickeln, welche die Grundschulstandorte Altjührden und Borgstede sichern.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 7 Nein: 21

5.3.5.1.3 Beschluss 3 - 3. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
Vorlage: 464/2012/3

Beschluss:

Es sind die Kosten zu ermitteln, die für Investitionen an anderen Schulen (z.B. Langendamms und Obenstrohe) und für die Schülerbeförderung entstehen, wenn die Schulstandorte Altjührden und Borgstede aufgelöst werden. Die Kostenermittlung ist dem Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vorzulegen.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 7 Nein: 20 Enthaltungen: 1

5.3.5.1.4 Beschluss 4 - 4. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
Vorlage: 464/2012/4

Beschluss:

Rat und Verwaltung werden aufgefordert zu prüfen, inwiefern durch Ausweitung von Baugebieten (auch vor dem Hintergrund von Betriebsansiedlungen im Zuge des Jade-Weser-Ports) der Zuzug junger Familien in den Einzugsbereichen der Schulen Altjührden und Borgstede gefördert werden kann (z. B. Vergabe von Grundstücken und Erbpacht).

Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 7 Nein: 21

5.3.5.1.5 Beschluss 5 - 5. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
Vorlage: 506/2012

Beschluss:

Die Schließung der Grundschulen Borgstede und Altjührden erfolgt zum Schuljahr 2015/16.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 9 Nein: 19

5.3.5.1.6 Beschluss 6 - Grundsatzbeschluss über Standorte und Einzugsbereiche der Grundschulen im Bereich der Stadt Varel
Vorlage: 464/2012

Beschluss:

Gemäß § 106 Abs. 1 NSchG werden zum 01.08.2014 die Grundschule Altjührden und die Grundschule Borgstede aufgehoben. Die Grundschule Altjührden wird mit der Georg-Ruseler-Schule, Grundschule Obenstrohe, die Grundschule Borgstede wird mit der Grundschule Langendamm zusammengelegt. Die jeweilige Zusammenlegung erfolgt sowohl für die Einzugsbereiche als auch für die Gebäudenutzung (künftig nur noch Standorte in Obenstrohe und Langendamm). Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Genehmigung der Schulbehörde nach § 106 Abs. 8 NSchG einzuholen.

Über die förmliche Dokumentation der Festlegung der Einzugsbereiche der Grundschulen in der Trägerschaft der Stadt Varel nach § 5 Abs. 1 der Verordnung für die Schulorganisation (SchOrgVO) in Verbindung mit § 106 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 NSchG wird gesondert entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Beschlussfassung des Rates der Stadt Varel umgehend vorzubereiten.

Die Schulleitungen der von der Zusammenlegung betroffenen Grundschulen werden gebeten, baldmöglichst gemeinsam mit der Vorbereitung der Zusammenführung (insbesondere der Entscheidung über die Verwendung von evtl. unterschiedlichen pädagogischen Konzepten) zu beginnen.

Die Bildungsregion Friesland wird gebeten, die für die Zusammenlegung der Grundschulen notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen zu begleiten und zu unterstützen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die von den Schulen und insbesondere von den Elternvertretungen der Schulen vorgetragene Wünsche und Notwendigkeiten hinsichtlich der Zusammenführung von Klassenverbänden (insbesondere die Frage eines Bestandsschutzes der Klassen 4) sowie einer evtl. für notwendig gehaltenen Übernahme von Lehrkräften in die aufnehmenden Schulen abschließend mit der Landesschulbehörde zu erörtern und eine pädagogisch sinnvolle Regelung herbeizuführen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Frage der Nachnutzung der Gebäude der Grundschulen Altjührden und Borgstede mit den Interessenten abschließend zu klären und den zuständigen Gremien des Rates der Stadt Varel zur Entscheidung vorzulegen.

Es sind in Zusammenarbeit mit der Schulleitung in Langendamm Pläne und Konzepte für eine Lösung des Raumproblems zu entwickeln. Gegenstand der Planung soll der Bau einer Pausenhalle, Planung von fehlenden Gruppenräumen so wie eine Verbesserung der Zugänglichkeit zu den Toiletten sein. Haushaltsmittel in angemessener Höhe sind für die Haushaltsjahre 2013/2014 bereitzustellen. Die Politik sieht sich verpflichtet, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Baumaßnahmen bis zum Schuljahr 2014/2015 abzuschließen.

Namentliche Abstimmung:

		Ja	Nein	Enthaltung
Biebricher	Sascha	X		
Böcker	Rudolf		X	
Boyken	Heinz Peter		X	
Brumund	Dirk			
Bruns	Jürgen	X		
Chmielewski	Iko		X	
Eilers	Hergen	X		
Dr. Engstler	Susanne	X		
Funke	Karl-Heinz		X	
Hinz	Christoph			X
Kickler	Jörn		X	
Köhler	Bernd			
Kühne	Lars	X		
Langer	Walter	X		
Mahouachi	Abbes		X	
Meinen	Djüre	X		
Müller	Alfred	X		
Nieraad	Peter	X		
Papen	Cornelia	X		
Ralle	Georg	X		
Rathkamp	Jürgen	X		
Recksiedler	Raimund	X		
Redeker	Bernd	X		
Schmidt	Sebastian	X		
Schneider	Hannelore	X		
Schuster	Ingrid		X	
Schwärmer	Steffen			
Dr. Seelig	Marko Alexander			
Toepler	Maren-Susann		X	
Vollmer	Elke			
Wagner	Gerd-Christian	X		
Weden	Jörg	X		
Weikert	Dorothea	X		

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 19 Nein: 8 Enthaltungen: 1

5.3.6 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 28.11.2012

5.3.6.1 Fremdenverkehrsbeitrag - Kalkulation 2012 und Änderung der Fremdenverkehrsbeitragssatzung Vorlage: 465/2012

Zu den Ausführungen im Fachausschuss möchte Ratsherr Boyken ergänzend klarstellen, dass die Stadt nicht verpflichtet ist, den Fremdenverkehrsbeitrag zu erheben. Kurzfristig ist für die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages ein Personalbedarf von 1,4 Vollzeitstellen und auf Dauer von 0,5 Vollzeitstellen erforderlich.

Ratsherr Kühne bestätigt, dass die Stadt nicht verpflichtet ist, sondern der Landkreis lediglich im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die Empfehlung zur Erhebung des Fremdenverkehrsbeitrages gegeben hat. Dieser Empfehlung möchte die SPD/CDU/FDP-Gruppe folgen und stimmen daher dem Beschluss zu. Die Stadt Varel kann sich es bei der derzeitigen finanziellen Situation nicht leisten, auf Einnahmen zu verzichten.

Ratsherr Funke weist darauf hin, dass die Fraktion ZUKUNFT VAREL einen Gegenvorschlag zur Finanzierung der Einnahmeausfälle gemacht hat. Sie schlagen vor, anstatt der Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages die Zweitwohnungssteuer zu erhöhen. Aus seiner Sicht ist die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages ein bürokratisches Monster.

Ratsherr Langer würde einer Erhöhung der Zweitwohnungssteuer als zusätzliche Maßnahme zur Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages zustimmen. Der Fremdenverkehrsbeitrag für den Einzelnen ist nicht besonders hoch und durchaus leistbar. Aus seiner Sicht ist die Einführung auch nicht mit besonders hoher Bürokratie verbunden, so wie er es sieht kann die Verwaltung es durchaus leisten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird daher dem Fremdenverkehrsbeitrag zustimmen.

Beschluss:

1. Die Satzung zur 1. Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Fremdenverkehrsbeitrages wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 28.11.2012 anliegenden Fassung beschlossen.
2. Die Ermittlung des fremdenverkehrsbeitragsfähigen Aufwands für das Jahr 2012 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 28.11.2012 anliegenden Fassung beschlossen.
3. Die Beitragskalkulation für das Jahr 2012 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 28.11.2012 anliegenden Fassung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 24 Nein: 4

**5.3.6.2 Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung) der Stadt Varel
Vorlage: 467/2012**

Beschluss:

Die Satzung zur 5. Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung) der Stadt Varel wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 28.11.2012 anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

5.3.7 Anträge an den Rat der Stadt Varel

**5.3.7.1 Geschäftsordnung der Stadt Varel:
hier: Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL
Vorlage: 474/2012**

Ratsherr Bruns weist darauf hin, dass es unumstritten ist, dass die Unterlagen den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet werden müssen, aber aus Sicht der SPD/CDU/FDP-Gruppe reicht die derzeitige Regelung aus.

Beschluss:

Anliegende 1. Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Varel, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse wird beschlossen.

**Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 4 Nein: 21 Enthaltungen: 3**

**5.3.7.2 Eintrittstarife Dangast Quellbad
Vorlage: 483/2012**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die neue Tarifstruktur umzusetzen und die Kasenanlage mit einem Kostenrahmen von ca. 7.500 Euro (5.000 Euro gebrauchte Schließanlage und 2.500 Euro Programmupdates und Anpassung) auf das einheitliche Barcodesystem umzustellen.

Neue Tarife:

NEU	Sommer	mit NSC	Winter	mit NSC
Grundtarif, bis 3,5 Std.				
Erwachsene	6,50 €	5,70 €	5,00 €	4,50 €
jede weitere 1/2 Stunde	1,20 €	0,85 €	0,80 €	0,70 €
Tageskarte (ab 6 Std.)	13,50 €	11,75 €	9,25 €	8,25 €
Zehnerkarte	58,50 €		45,00 €	
Kinder und Jugendliche, 4-15 Jahre	3,25 €	2,85 €	2,50 €	2,25 €
jede weitere 1/2 Stunde	0,60 €	0,55 €	0,40 €	0,35 €
Tageskarte (ab 6,5 Std.)	6,75 €	6,00 €	4,60 €	4,15 €
Zehnerkarte	29,25 €		20,00 €	
Familienkarte	16,00 €	14,00 €	12,00 €	11,00 €
jede weitere 1/2 Stunde	2,80 €	2,40 €	1,80 €	1,60 €
Tageskarte (ab 6 Std.)	30,00 €	26,00 €	23,00 €	21,00 €
Kurzbadetarif, bis 1,5 Std.				
Erwachsene	4,00 €	3,50 €	3,00 €	2,70 €
Zehnerkarte	36,00 €		27,00 €	
Kinder und Jugendliche, 4-15 Jahre	2,00 €	1,75 €	1,50 €	1,35 €
Zehnerkarte	18,00 €		13,50 €	
Garderobe	0,00 €		0,00 €	
Sonnenbank	3,00 €		3,00 €	

Einstimmiger Beschluss

5.3.7.3 Abberufung/Berufung des stellvertretenden Gemeindevahlleiters gemäß § 9 Abs. 2 NKWG Vorlage: 484/2012

Beschluss:

Gem. § 9 Abs. 2 NKWG wird Herr Klaus Engler mit sofortiger Wirkung als stellv. Gemeindevahlleiter abberufen, gleichzeitig wird Herr Wilfried Alberts zum stellv. Gemeindevahlleiter berufen.

Einstimmiger Beschluss

6 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Wagner bedankt sich bei allen Ratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit und ihre aktive Mitarbeit, bei der Verwaltung für ihre tatkräftige Unterstützung und bei der Presse für ihre umfassende Berichterstattung. Er wünscht allen eine besinnliche Vorweihnachtszeit, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

7 Anträge und Anfragen

Ratsherr Funke äußert sein Unverständnis darüber, dass der Wasserwerksausschuss am 19.12.2012 wiederholt tagt, um sich 7 alte Fichten auf dem Grundstück des Wasserwerkes anzuschauen, die in unmittelbarer Nähe zu einem Nachbarhaus stehen. Jetzt hat es bereits seit dem 04.08.2010 vier Sitzungen zu diesem Thema gegeben. Seiner Ansicht nach ist es angebracht, diese Fichten schnellstmöglich zu fällen und durch Buchen zu ersetzen.

Um 23:00 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung und wünscht allen eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)